

Volkszeitung

Nr. 81.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends, mit dem Datum des darauffolgenden Tages. Anzeigenpreis: die 7 gesp. Millimeterzeile 10 Gr., im Text 40 Gr. Stellen-Gesuche 50%or -Angebote 25%o Rabatt. Ausland 50%o Zuschlag.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: **Lodz, Petrikauer 109, Hof, rechts Tel. 36-90**
Sprechstunden des Schriftleiters täglich 5-6 Uhr.
Privat-Telephon des Schriftleiters: 28-45

Der Abonnementspreis für den Monat Juli beträgt 2,40, wöchentlich 60 Groschen, zahlbar beim Empfang der Sonntagsnummern. — für das Ausland 25 Prozent Zuschlag. — für Amerika einen Dollar monatlich.

3. Jahrg.

China und Marokko.

Die Welt brennt an zwei Ecken. An zwei Stellen erheben sich Eingeborne gegen Eindringlinge, Farbige gegen Weiße. Kriegsschiffe sind in Bewegung, Truppen im Aufmarsch, Völker in Aufruhr. Hier wie dort rötet sich die kapitalistische Landkarte von Blut.

In China hat der Kapitalismus bereits Fuß gefaßt. Es macht eben die ersten Stufen der industriellen Entwicklung durch, lernt die ersten Segnungen des räuberischen Frühkapitalismus kennen. In seinen Fabriken arbeiten sechsjährige Kinder zwölf Stunden bei Tag und Nacht, sterben Generationen namenloser Opfer unter der Peitsche namenloser Ausbeutung dahin, werden Millionen von Proletariern in jenem furchtbaren Prozeß der industriellen Revolution zermahlen, die die Menschen hinhängt und die Klasse erstehen läßt. Es ist die Zeit, da unsägliches Elend die arbeitenden Massen allmählich zum Bewußtsein ihrer gesellschaftlichen Lage weckt, da Blut und Schweiß die ersten Arbeiterorganisationen kettet, da Sturm und Drang des erwachenden proletarischen Kampfwillens, oftmals irregehend, die ersten Schlachten schlägt und die ersten Niederlagen erleidet. Es ist der Zustand maßloser, durch kein Arbeiterschutzgesetz eingedämmter Ausbeutung, körperlicher und geistiger Degeneration, stumpfer Verzweiflung und wilden Ausbruchs, dessen erschütternde Schilderung — als ihn vor achtzig Jahren die Proletarier Europas durchlebten — in die Geschichte eingegangen ist unter dem schlichten Namen, den ihm Friedrich Engels gab: Die Lage der arbeitenden Klassen. Es ist die Zeit, da — jetzt in China wie vor achtzig Jahren in Europa — die Maschinenklaven zu Maschinenstürmern wurden.

Aber in China gehören die Maschinen den Ausländern. Noch gibt es kein nennenswertes chinesisches Industriekapital, noch stehen die Söhne der jungen chinesischen Bourgeoisie als Studenten an der Spitze der chinesischen Arbeiter gegen die ausländischen Unterdrücker, wie einst im Jahre 1848 die deutschen Studenten neben den Arbeitern gegen die Fürsten standen. Deshalb hat die Bewegung, die von Arbeiterunruhen ihren Ausgang nahm, den Charakter einer allgemeinen Erhebung gegen die Fremden angenommen. Deshalb wendet sich die Empörung der chinesischen Aufständischen gegen die Europäer, die sich in China Herrschaftsrechte anmaßen; sie haben auf Grund erzwungener Verträge ein halbes Hundert chinesischer Häfen ihrer Gebietshoheit unterworfen, ihre eigene Gerichtsbarkeit aufgerichtet, ihre eigene Polizei aufgestellt, in einem eigenen Kriege sich das Recht gesichert, das chinesische Volk mit soviel Opium zu vergiften, als sie wollen. Dagegen empören sich die chinesischen Arbeiter und Studenten; es ist eine Bewegung, die hier wie überall die ersten Regungen des zu sozialem Eigenleben erwachenden Proletariats unter die Führung der Bourgeoisie und unter die nationale Parole des Kampfes für die nationale Freiheit und Unabhängigkeit stellt. China durchlebt jetzt sein 1848. Die chinesischen Arbeiter schlagen — wie in Frankreich 1789, wie in Deutschland 1848 — die Schlachten der chinesischen Bourgeoisie. Und wie in Frankreich und Deutschland werden die chinesischen Arbeiter,

Die Kohle wird teurer.

Ein neuer großer Kohlentruft diktiert die Preise und Produktionseinschränkung.

Unlängst setzten sich sämtliche Besitzer der Kohlengruben Polens zusammen und bildeten einen Truft, der den Zweck hatte, die Produktion einzuschränken und einen möglichst hohen Preis für die Kohle zu erzielen.

Die Tätigkeit des Trufes hat bereits eingesetzt. Er sandte an alle Bergwerke Anordnungen, die Produktion zu verringern, wobei für die Nichterfüllung der Anordnung schwere Strafen drohen. Einige Kohlengruben sollen vollständig geschlossen werden. Gleichzeitig beschloß der Truft, den Kohlenpreis von 15 auf 26 Zloty für die Tonne zu erhöhen.

Als es seinerzeit bekannt geworden war, daß sich

Deutschland gegen die Einfuhr polnischer Kohle sperrt, hat die Regierung kundgetan, daß sie sich bemühen wird, die Konsumtion der Kohle im Lande zu vergrößern. Wie dies in Wirklichkeit aussieht, sehen wir aus der obigen Meldung. Die Erhöhung des Kohlenpreises wird zweifelsohne die Industrie von neuem schwer belasten.

Unlängst hat der Abg. Wierzbicki vom „Lewiatan“ gesagt, daß die „Wirtschaftskreise“, also die Trufte der großen Ausbeuter, mit der Politik des Herrn Wladyslaw Grabski sehr zufrieden sind.

Wie aber soll die Zukunft aussehen?

Scharmügel an der russisch-polnischen Grenze.

Neuerdings ein Offizier entführt. — Eine Note Tschitscherins.

Vor kurzem berichteten wir über die Entführung eines polnischen Offiziers durch Sowjetrussische Soldaten. Die Entführung fand bei Lepieszowka statt. Die polnischen Truppen traten daraufhin einen Vormarsch in den Schlikidistrikt an. Es kam zu einem halbständigen Feuergefecht, wobei das russische Postenhaus niedergebrannt wurde.

Nun erfolgte eine zweite Entführung. Der Leutnant Kondomanski wollte mit dem Führer des russischen Postens zusammenkommen, um mit diesem einige Diebstähle, die von russischen Banden verübt wurden, zu besprechen. Als die beiden Offiziere gerade verhandelten, wurden sie plötzlich von russischen Soldaten umzingelt, die Kondomanski gefangen nahmen.

Wie es heißt, hat die Sowjetrussische Regierung eine besondere Kommission nach Lepieszowka entsandt, die die erste Entführung untersuchen soll. Wahrscheinlich wird sie sich auch mit der zweiten Entführung beschäftigen.

Ueber den Grenzzwischenfall, der der ersten Entführung folgte, bringt die Sowjetrussische Presse eine ganz entgegengesetzte Darstellung. Danach forderten am 30. Juni im Bezirke Lepieszowka-Schlikid an der polnisch-russischen Grenze polnische Offiziere die russische Grenzabteilung auf, innerhalb 5 Minuten einen auf russisches Gebiet entflohenen polnischen Deserteur auszuliefern. Nach Verstreichung dieser Frist verlangten die polnischen Offiziere von der russischen Abteilung Waffenstreckung. Als dieses Ansinnen abgelehnt wurde, eröffneten die polnischen Offiziere mit 120 Infan-

teristen und 20 Reitern einen Angriff über die Sowjetrussische Grenze. Die russische Grenzabteilung wurde mit Geschossen überschüttet, ihr Kommandant verwundet und das Wachgebäude niedergebrannt. Das Geplänkel dauerte ungefähr eine halbe Stunde. In der Nacht auf den 1. Juli begann die polnische Abteilung die erwähnte russische Grenztruppe erneut zu beschließen, wobei ein Teil der polnischen Soldaten neuerlich die Grenze überschritt. Die Sowjetrussische Abteilung erwiderte das Feuer.

Im Zusammenhang mit obigem Zwischenfall hat Tschitscherin dem polnischen Gesandten in Moskau, Kentzynski, eine Note überreicht, in der behauptet wird, daß ähnliche Übergriffe von Seiten der polnischen Grenztruppen des öfteren stattfinden. Tschitscherin verlangt Aufklärung darüber, ob von polnischer Seite Schritte unternommen wurden, die solche Zwischenfälle für die Zukunft unmöglich machen. Zum Schluß schlägt Tschitscherin die Bildung einer gemischten Kommission zwecks Untersuchung vor. Gleichzeitig fordert er Schadenersatz für den durch polnische Soldaten angerichteten Materialschaden.

Zwischen den Grenzmarkierungen 504 und 505 im Wisnaer Gebiet ereignete sich gestern erneut ein Zwischenfall, der geeignet ist, das gespannte Verhältnis zwischen Polen und Sowjetrußland zu verschärfen. Ein Sowjetrussischer Posten gab einige Schüsse auf polnische Soldaten ab. Diese erwiderten das Feuer und verwundeten einen russischen Soldaten. An demselben Tage beschossen Sowjetrussische Soldaten zwei polnische Unteroffiziere des Grenzkorps.

am Tage, da die Schlacht gewonnen ist, von der chinesischen Bourgeoisie im Stiche gelassen, um die Früchte des Sieges betrogen — erst recht ausgebeutet werden.

In Marokko ist die Entwicklung noch nicht so weit. Dort wehrt sich ein Bergvolk gegen die ersten Sendboten der kapitalistischen Zivilisation: die Maschinengewehre. Dort hat man durch eine Vorrückung der strategischen Linie den Rifkabylen den Zutritt zu dem Gebiet abschneiden wollen, aus dem sie ihre Nahrungsvorräte zu holen pflegten; freilich nicht zu kaufen, sondern zu rauben. Dort haben die Kabylen, anstatt sich durch Hunger kirre machen zu lassen, Einfälle in das von den Franzosen besetzte Gebiet unternommen. So wurde aus den Raubzügen der Bergstämme, deren Selbstbewußtsein durch den Sieg über die Spanier mächtig angestachelt war, ein blutiger Kolonialkrieg. Warum? Marokko hat noch keine Fabriken. Aber in den Bergschluchten, in denen sich Abd-el-Krims Krieger verschanzen, schlummern unererschlossene Schätze, gibt es ungehobene Erze, ungegrabene Gruben. Mineralische Schätze sind überall die ersten Ziele kapitalistischer Raubgier gewesen, Bergwerke stets die ersten Objekte kapitalistischer Ausbeutung.

Gewiß, die Lage der Europäer an beiden Orten ist keineswegs beneidenswert. In China bilden die Europäer zahlenmäßig eine verschwindende Minderheit in der gärenden, wild erregten, drohend anstürmenden Flut der gelben Millionen. In Marokko stehen die französischen Soldaten einem ortsvertrauten, waffengeübten und fürchtbar grausamen Gegner gegenüber, geführt von einem Häuptling, der keine Phrasen gebraucht, wenn er Krieg führt, und kein Hehl daraus macht, daß der Kampf nicht nur sein Wille, sondern auch sein Vergnügen ist. Es ist begreiflich, daß unter solchen Umständen die Weißen in China um ihr Leben zittern und die Landungstruppen der Kriegsschiffe als die Retter erscheinen, die nur zur Verteidigung dieses bedrohten Lebens auftreten. Es ist verständlich, daß man unter solchen Umständen selbst linksgerichtete Politiker in Frankreich sagen hört, wenn Frankreich jetzt in Marokko zurückwiche, so würde es damit keinesfalls den Frieden herbeiführen, sondern nur anderen Kapitalisten das Feld überlassen, andre und blutigere Kämpfe heraufbeschwören.

Soweit der Aufstand in China eine soziale Bewegung, ein Kampf der Arbeiter um bessere Arbeitsbedingungen, um etwas Arbeiterschutz ist, verdient

er aktive Unterstützung. Soweit die Bewegung eine nationale, ein Kampf um die Selbständigkeit und Unabhängigkeit des chinesischen Volkes ist, werden ihm alle Sozialisten mit Sympathie gegenüberstehen, ihn als Glied in der Kette einer international notwendigen Entwicklung erkennen und begrüßen; aber sie können natürlich die nationalistischen Parolen der chinesischen Bourgeoisie nicht einfach ohne Vorbehalt zu den ihren machen. Sozialistische Politik ist internationale Politik, nicht Identifizierung mit dem Nationalismus des Gegners.

Freilich, in dem Wirbel der chinesischen Wirren, in der Tropenglut der marokkanischen Felsen, in denen französische Soldaten ihr Leben lassen müssen, läßt sich diese theoretische Scheidelinie nicht immer einfach einhalten. Und doch hängt von ihrer Erkenntnis die Haltung der sozialistischen Arbeiterschaft, die Ehre des internationalen Sozialismus ab.

O. P.

Der Pakt der Juden mit der Regierung.

Die offiziellen Konferenzen.

Am Sonnabend nachmittag wurde der offizielle Teil des Paktes abgeschlossen. Um 5 Uhr nachmittags empfing Premierminister Grablki eine aus 6 Abgeordneten des jüdischen Klubs bestehende Delegation in Gegenwart des Unterstaatssekretärs Studzinski.

Der Vorsitzende des jüdischen Klubs erklärte feierlich: „Die Vertreter der Regierung hielten mit den Vertretern des jüdischen Klubs einige Konferenzen ab, die zur Einigung geführt haben. Angesichts dessen geben wir der Hoffnung Ausdruck, daß die Forderungen der Juden auf dem Gebiete der Religion, Kultur und Wirtschaft erfüllt werden und daß der jüdischen Bevölkerung dadurch die Zusammenarbeit mit der polnischen Bevölkerung zum Wohle und der Entwicklung des polnischen Staates ermöglicht wird. Der jüdische Klub hat stets auf dem Boden der polnischen Staatlichkeit und der Unantastbarkeit der Grenzen der Republik gestanden und wird seine demokratische Politik im Sinne dieser Grundsätze weiterführen.“

Im Sinne dieser Ansprache legte Dr. Reich noch eine schriftliche Deklaration nieder.

In Beantwortung dieser Erklärung verlas Premierminister Grablki namens der Regierung ein Schriftstück, in dem gesagt ist, daß die Regierung die Deklaration des jüdischen Klubs mit Zufriedenheit entgegennimmt, besonders aber die Erklärung bezüglich der Machtsstellung des polnischen Staates. Die Regierung wird ihrerseits den Bedürfnissen der jüdischen Bevölkerung in politischer, kultureller und wirtschaftlicher Beziehung Aufmerksamkeit schenken. Weiter bemerkte Grablki noch, daß das Zusammenleben der polnischen mit der jüdischen Bevölkerung sehr kompliziert ist und daß es gut ist, daß der erste Schritt gemacht wurde. Der Premierminister versprach, daß die Regierung im Sinne der Verhandlungen einige Verordnungen erlassen wird.

Damit fand die Paktschließung ihr Ende. Das, was Grablki gesagt hat, war sehr vorsichtig ausgedrückt. Die Sätze wie „die Regierung wird den jüdischen Forderungen Aufmerksamkeit schenken“, „das Zusammenleben ist sehr kompliziert“, „der Vertrag ist der erste Schritt“ sind keinesfalls angetan, Siegesjubiläum im jüdischen Klub oder gar in den Reihen der jüdischen Bevölkerung aufkommen zu lassen.

Die schöne Theorie ist nun vorüber. Es beginnt die bittere Praxis. Die nächste Zeit wird uns lehren, wer am Pakt das bessere Geschäft gemacht hat.

Kongreß der Völkerbundigen in Warschau.

Im Gebäude der Warschauer Universität sind die Beratungen der 9. Plenarversammlung der internationalen Völkerbundvereine durch den Vorsitzenden Dickinson eröffnet worden. Im Namen der polnischen Regierung begrüßte Arbeitsminister Sokal den Kongreß. Nach Begrüßungsreden der Vertreter der einzelnen Länder wurden die einzelnen Ausschüsse gebildet. Bemerkenswert ist, daß kein deutscher Vertreter das Wort ergriffen hat. Als Führer der deutschen Delegation wurde bereits früher der ehemalige Botschafter in Washington, Graf Bernsdorff, genannt.

Das Arbeitsprogramm des Ausschusses für Minderheitsfragen enthält u. a. die Besprechung der Frage der deutschen Minderheiten.

In der Montagssitzung wurde bereits die Debatte über eine englische Entschließung eröffnet, deren erster Teil die Öffentlichkeit der Minderheitenbeschwerden beim Völkerbund verlangt, während der zweite Teil eine öftere Prüfung des Haager Schiedsgerichts zum Ziel hat. In der Frage des „Numerus clausus“ wurde eine Entschließung angenommen, in der die völlige kulturelle Gleichberechtigung verlangt wird.

Die Agrarreform und der Deutsche Klub.

Wie die deutsche Rechtspreffe die Rede des Abg. Kronig wiedergegeben hat.

Am 1. Juli l. J. ist im Sejm die in der „Lodzjer Volkszeitung“ voll abgedruckte Rede des Abg. Artur Kronig aufgefunden. Und dies deswegen, weil Abg. Kronig einen scharfen Strich zwischen den drei deutschen sozialistischen und den übrigen Abgeordneten des Deutschen Klubs gezogen hat. Der Unterschied zwischen der Stellungnahme des Abg. Somschor, der im Namen der Mehrheit des Klubs sprach, und der des Abg. Kronig, der in seinem Namen und im Namen der Abg. Zerbe und Pantraz austrat, ist grundverschieden. Somschor und seine Kollegen sind als Vertreter der Besitzenden gegen die Bodenreform und führen dieselben Argumente an, wie die rechtsstehenden polnischen Kreise. In zweiter Linie ist es die Rücksicht auf die nationalen Interessen und die Gefahr, daß die deutschen Güter bei der Parzellierung zuerst an die Reiche kommen, die es dem Abg. Somschor ermöglichten a u ch von diesem Standpunkte die Vorlage zu bekämpfen.

Der Standpunkt der deutschen Sozialisten dagegen ist, daß sie sich für die Bodenreform erklären, wenn das Gesetz in bezug auf alle Bevölkerungsschichten gerecht durchgeführt wird, d. h. wenn aus dem Gesetz alle Schichten weggelassen werden, die gegen die Minderheiten und speziell gegen die Deutschen gerichtet sind. Wenn die Verbesserungen angenommen werden sollten, die die Benachteiligung der Minderheiten unterbinden sollen, so halten es die Vertreter der werttätigen deutschen Bevölkerung für ihre Pflicht, der landarmen Bevölkerung zur Sicherung ihrer Existenzmöglichkeit zu verhelfen.

Die Rede des Abg. Kronig fand in der polnischen Linkspreffe Verständnis, dagegen in der Rechtspreffe deswegen scharfe Kritik, weil Abg. Kronig sich in selten scharfen Worten gegen die nationalistische Politik wandte, die in den einzelnen Gesetzesparagrafen versteckt ist.

Interessant ist dabei die Haltung der deutschen Rechtspreffe. Alle Rechtsblätter, wie in Lodz die „Freie Presse“, die „Neue Lodzjer Zeitung“, die Bromberger „Deutsche Rundschau“, das „Pommersche Tageblatt“ und die anderen deutschen Zeitungen unterließen es, den ersten Teil der Rede des Abg. Kronig, der von der Notwendigkeit der Versorgung der landarmen Bevölkerung sowie von der Stellungnahme der deutschen Sozialisten sprach, abzudrucken, sondern brachten nur den Teil der Rede, der sich gegen die nationalistische Politik der polnischen Parteien wandte. Die Blätter scheinen Furcht davor zu haben, den deutschen Wählern den Grund mitzuteilen, warum drei Abgeordnete anders über die Bodenreform denken, als der gesamte Klub.

Diese Haltung ist bezeichnend. Sie beweist den Werttätigen, daß sie das, was ihren Wirtschaftsinteressen entspricht, keinesfalls aus der bürgerlichen Presse herauslesen können oder dürfen. Die Werttätigen sind also vollständig auf sich selbst und ihre eigenen Organe angewiesen und gewinnen im vorliegenden Falle wieder einmal den Beweis, daß sie in der nichtsozialistischen deutschen Presse keinen Förderer ihrer Ziele, ja nicht einmal einen objektiven Informator sehen dürfen. L. K.

Sejm.

(Von unserem K. Parlamentsberichterstatler).

Die Sonnabenditzung verlief ziemlich stürmisch. Es wurde die Debatte über die Bodenreform fortgesetzt. Abg. Kucincki von der „Wyzwolenie“ stellte den Antrag, daß von Montag ab wieder normale Plenarsitzungen abgehalten werden sollen, d. h. daß auch Abstimmungen vorgenommen werden sollen. Marschall Rataj erklärte, daß die Sitzungen normal seien, welche Erklärung von der „Wyzwolenie“ mit ironischen Zurufen und Pultdeckelkonzert aufgenommen wurde.

Während der Debatte über den Art. 40 gebrauchte Abg. Kordowski einige sehr scharfe Ausbrüche, die eine große Erregung unter den „Piasten“ hervorriefen, u. a. bezeichnete er einige Abgeordnete als Spitzbuben. Da die Abgeordneten des „Piast“ ihrerseits die Antwort nicht schuldig blieben, sah sich Vizemarschall Moraczewski gezwungen, die Sitzung abzubrechen.

In der gestrigen Sitzung wurden die Debatten fortgesetzt. Man kam bis zum Artikel 56. Bei Beginn versuchte sich der Abg. Matulski zu rechtfertigen, worauf Abg. Poniatowski laut rief: „Sie stehlen, und wir wollen dies nicht zulassen“. Es kam zu einem Streit, in den Marschall Rataj eingriff. Ein zweiter Zwischenfall entstand, als Abg. Holowacz von der Unabhängigen Bauernpartei das polnische Anfechtungsurteil im Osten „die polnische Satata“ nannte, die gegen die Minderheiten heßt. Die Rechten erhoben einen Lärm und Vizemarschall Moraczewski unterbrach die Sitzung.

Heute wird die Aussprache weitergeführt.

Zum Attentat auf den Staatspräsidenten.

Ein Krakauer Blatt brachte die bisher offiziell noch nicht bestätigte Nachricht, daß der Prozeß gegen Steiger, der angeblich das Attentat auf den Staatspräsidenten verübt haben sollte, auf dem Gnadenwege niedergeschlagen und Steiger in Freiheit gesetzt worden sein soll. Im

Zusammenhange damit wird die Nachricht notiert, daß der Kommandant der Lemberger Polizei, Lukomski, um seine Dimission eingetroffen ist.

Frankreichs Schuldenlast.

Nahzu 40 Milliarden Flotz schuldet das fleigreiche Frankreich an England und die Vereinigten Staaten.

Im Ministerrat referierte Finanzminister Caillaux über die Schulden Frankreichs. Danach schuldet Frankreich an England 432 Millionen Pfund, was zusammen mit den Prozenten 624 Millionen Pfund ausmacht. Die französischen Schulden an die Vereinigten Staaten belaufen sich auf 3 Milliarden Dollar, zusammen mit den Prozenten macht diese Schuld 413 Milliarden aus. Außerdem schuldet Frankreich an die Vereinigten Staaten noch 567 Milliarden Dollar, u. zw. stammt diese Schuld aus Anleihen, die die Vereinigten Staaten an die französische Industrie gewährt haben.

Wenn man Frankreichs Einwohnerzahl mit 36 Millionen annimmt, so entfällt auf jeden Franzosen eine Schuldenlast von gegen 1200 Floty.

Der Beginn der Ruheräumung.

Auch Bochum wird frei.

Der französische Kommandant hat der Stadtverwaltung Bochum offiziell mitgeteilt, daß er Anweisung zur Räumung der Stadt Bochum erhalten habe. Er habe Maßnahmen zur Rückgabe der Wohnungen und Quartiere angeordnet. Den genauen Tag des Abzugs der Truppen würde er der Stadtverwaltung noch mitteilen. Außerdem hat der General angeordnet, daß vom 2. Juli ab die Quartiergeber ihre Wohnungen, in denen auf Quartierschein wohnende Franzosen sich aufhalten, wieder betreten dürfen, um etwa angerichtete Schäden feststellen zu können.

Die Stadt Gelsenkirchen sowie die umliegenden Ortschaften sollen bis zum 15. Juli geräumt werden. Die Uebergabe der Wohnungen an die Stadtverwaltung soll in der Zeit vom 9. bis 14. Juli vor sich gehen.

Der Prozeß der deutschen Studenten in Moskau.

(Von unserem Berliner T. L. Korrespondenten.)

Die Affäre der drei deutschen Studenten, die vor über einem halben Jahr studienhalber nach Rußland gereist sind und dort von der Sowjetregierung unter Spionageverdacht verhaftet wurden, beschäftigt in intensiver Weise die ganze deutsche öffentliche Meinung. Dem Prozeß, den die Tscheka nun gegen die Studenten angestrengt hat, und der dieser Tage stattfand, widmet die hiesige Presse größte Aufmerksamkeit, so daß sogar die Frage des Sicherheitspattes in den Hintergrund getreten ist.

Der Sachverhalt ist kurz folgender: Auf Grund einer Einladung sibirischer Studenten begaben sich drei junge Deutsche, Dr. Kindermann, Stud. Wolscht und v. Dittmar, mit Empfehlungen von Professoren und kommunistischen Organisationen nach Sowjetrußland, um die dortigen akademischen Verhältnisse an Ort und Stelle kennen zu lernen. Kurz nach ihrer Abreise traf die Nachricht ein, die drei jungen Leute wären verhaftet worden, angeblich wegen antibolschewistischer Umtriebe. Bald darauf wurde von der russischen Tscheka offiziell bekannt gegeben, welcher Verbrechen sie beschuldigt wurden: Spionage zugunsten Deutschlands, Auskundschaftung russischer militärischer und wirtschaftlicher Einrichtungen, und schließlich des Planes, führende bolschewistische Persönlichkeiten zu ermorden. Proteste der deutschen Regierung, und Versuche, die drei Deutschen aus ihrer Haft zu befreien, führten zu keinem Resultat.

Es würde zu weit führen, auf die Einzelheiten dieser Justizkomödie einzugehen. Es muß aber hervorgehoben werden, daß die Anschuldigungen nicht etwa allein gegen die drei Studenten gerichtet waren: sie wurden nur als Werkzeug in den Händen der Feinde Rußlands betrachtet und man nannte offen und unverhohlen die deutsche Botschaft in Moskau, das Berliner Polizeipräsidium, ja sogar die deutsche Regierung als Auftraggeber der drei Verächter. Sehr raffiniert ging der russische Staatsanwalt zu Werke. Er verstand aus unwesentlichen Dingen die größten Verbrechen zu konstruieren. Er sah in einer harmlosen Reiseapotheke den Versuch, Trozki und Stalin damit zu vergiften, benutzte gekaufte Spitzel als Belastungszeugen, während er andere, von der Verteidigung gestellte, einfach nicht anhörte und sogar mit Verhaftung wegen Begünstigung bedrohte — so daß man über das Urteil nicht im Zweifel war.

Es lautete denn auch: Todesstrafe. Berufung gegen dieses Urteil erkennt das russische Gesetz nicht an. Es kann nur noch ein Gnadengesuch eingereicht werden.

Es wäre aber falsch, anzunehmen, den Russen ginge es tatsächlich um die Erschießung der drei Deutschen. Man muß vielmehr annehmen, daß sie den ganzen Prozeß nur ausgeheckt und das Todesurteil ausgesprochen haben zu dem Zweck, sie wieder freizulassen — allerdings als Austausch für den im bekannten Leipziger Kommunistenprozeß verurteilten Skoblewsky. Wenn man

Die Gewerkschaftsinternationale.

Das Internationale Gewerkschaftsbüro in Amsterdam entwickelte in der Nachkriegszeit eine rege Arbeit um die internationale Organisierung der Gewerkschaften, die auf sozialistischer Grundlage aufgebaut sind.

Von den europäischen Staaten gehören alle zur Internationale, mit Ausnahme von Norwegen, das in der letzten Zeit ausgetreten ist, weil die dortigen Gewerkschaften eine kommunistische Mehrheit erhielten, die mit der sozialistischen Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale nicht zusammenarbeiten wollten und beabsichtigten, sich der Moskauer anzuschließen, was jedoch bisher noch nicht erfolgt ist.

Von amerikanischen Staaten gehört Kanada mit starker Mitgliedschaft zum Büro. Die übrigen nordamerikanischen Staaten sind ausgetreten, weil ihnen die Internationale zu revolutionär ist. (Andere Staaten wiederum glauben, die Amsterdamer sei zu wenig linksradikal.) Inzwischen haben die Amerikaner jedoch eingesehen, daß die Zugehörigkeit zu Amsterdam in ihrem eigenen Interesse liegt, so daß bereits die ersten Schritte getan wurden, um den Wiedereintritt herbeizuführen.

Die Presseberichte der Internationale, die bis jetzt in 6 Sprachen ausgesandt wurden, erscheinen jetzt auch in spanischer Sprache, so daß auch Südamerika mit den einzelnen Staaten die Verbindung mit der Internationale sucht.

Asien ist der Internationale durch Palästina angeschlossen. Beziehungen wurden jedoch in letzter Zeit auch mit Britisch- und Holländisch-Indien angeknüpft.

Auch Japan hat den Beitritt bereits in Aussicht gestellt. Obwohl die politischen Verhältnisse in diesem Staate nicht kristallisiert sind und hier kaum davon gesprochen werden kann, daß eine sozialistische Partei existiert, haben die japanischen Arbeiter dennoch den Beitritt beschlossen. Grund dafür ist, daß es der Internationale gelungen ist, die japanische Regierung einige Male zu zwingen, als Delegierte nach Genf gerade Gewerkschafter zu entsenden. In Genf aber haben die japanischen Delegierten die Ueberzeugung erlangt, daß der Ausbau ihrer Gewerkschaften durch den Beitritt zur Internationale viel gewinnt.

Die australischen Gewerkschaften stehen ebenfalls schon seit einem Jahre in Beziehungen mit Amsterdam. Am letzten Antikriegstag manifestier-

ten die Australier zusammen mit den europäischen Arbeitern und auf derselben Grundlage.

In Afrika haben die Gewerkschaften noch nicht festen Fuß gefaßt. Dagegen hat Südamerika straffe Organisationen und gehört als vollwertiges Mitglied Amsterdam an.

Nur die Verhältnisse in China sind zu verworren, um ein klares Bild zu erhalten. Von der Internationale ausgesandte Briefe sind bisher unbeantwortet zurückgekommen.

Der Tätigkeitsbereich der Gewerkschaftsinternationale ist also gewaltig. Wenn es ihr gelingen

China.

Zu grellen Feuern ruft der Gong durch Tag und Nacht. Der Gelbe Drache ist erwacht. In Hongkong, Peking, Kanton und Schanghai Reißt er sich aus den Ketten frei. Studenten gehen unter seidner Fahnen Schwung, Glanz im Gesicht, die Herzen jung, Dem Kuli an dem Tor der sieben Winde Schwimmt Blut durchs Herz und glüht gelinde, Und kleine Kinder mit den schrägen Demutaugen, Die sechzehn Stunden nur zu fremder Arbeit taugen, Seh'n mit im großen Schritt, in Schritt und Tritt, Die Mädchen aus der Spinnerei geh'n mit, Die Kulis springen an vom Drachentor, Seh'n in die erste Reihe vor Und hissen rotes Tuch und schwarzen Flor. Der Gelbe Drache ist erwacht Und brüllt und brüllt seht Tag und Nacht, Der sichere Sitz der Herren kracht. Noch hat er Macht und Todesblitz, Kanonen, Gruben, Landbesitz, Noch mäktet er sich vom Profit, Den er aus gelbem Leibe schnitt: Jedoch der Sitz und Blitz zerkracht, Die hohle Macht stürzt über Nacht, Gebt acht, gebt acht: In China ist das Volk erwacht!

Mar Barthele.

wird, dem Rassenhaß und Chauvinismus gänzlich den Garaus zu machen, so wird sie zweifelsohne der wirksamste Faktor zur Bekämpfung der Kriegsgelüste der internationalen Scharfmacher und Säbelkreiter.

Der internationale Gewerkschaftsbund ist an der durch die Verschiebung der Grenzen geschaffenen Lage nur insofern interessiert, als dadurch die Lage der Arbeiter beeinflusst und ihr Kampf um

bessere Lebensbedingungen erleichtert oder erschwert wird. Im übrigen überläßt sie die Austragung der rein politischen Fragen den sozialistischen Parteien.

Die gewerkschaftliche Zentralisierung in allen Ländern versucht die Internationale dadurch herbeizuführen, daß sie nur eine Landeszentrale in den Bund aufnimmt und anerkennt. Dadurch müssen sich alle Organisationen dieser Landeszentrale anschließen, was eine Zersplitterung der einzelnen Bewegungen vermeidet.

Was die Minderheitenprobleme betrifft, so steht der I. G. B. auf dem Standpunkt, daß es nicht Aufgabe einer Gewerkschaftszentrale sein kann, die sprachliche und kulturelle Entwicklung einer Minderheit zu hemmen. Selbst nicht aus Gründen der sogenannten und gern gebräuchlichen Staatsicherheit. Dabei ist Voraussetzung, daß die Minderheit sich bereit findet, die, wenn vielleicht auch gegen ihren Willen geschaffene Staatsgrenze anzuerkennen. Den Minderheiten muß schon aus politisch-gewerkschaftlichen Gründen die Möglichkeit gegeben werden, an die Arbeiterschaft in ihrer Muttersprache heranzutreten, sowohl mündlich wie schriftlich. Die Landeszentrale hat die Pflicht, für die Gewährung dieser Rechte einzutreten und den Minderheiten überall die ihrer Größe nach zustehende Vertretung zu sichern.

L. K.

Die Knebelung der deutschen Luftschiffahrt.

(Von unserem Berliner T.L.-Korrespondenten.)

Nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages ist es Deutschland verboten, Luftschiffe zu militärischen Zwecken zu unterhalten. An diesem Verbot knüpft sich die Klausel, nach welcher die gesamte deutsche Luftschiffindustrie einer Kontrolle unterstehen muß.

Dieser Kontrollkommission steht das Recht zu, innerhalb gewisser Zeitabstände die geltenden Begrenzungen dem Stande der allgemeinen Luftfahrt anzupassen.

Vor etwa anderthalb Jahren trug daher Deutschland in Paris bestimmte Wünsche vor, die jetzt erst beantwortet wurden. Diese Note, die gegenüber dem gegenwärtigen Stande ganz unwesentliche Erleichterungen bringt, indem sie die Fluggeschwindigkeit um etwa 6 Prozent und die Ladungslast von 600 auf 800 Kilogramm erhöht, wird in Deutschland als eine weniger gegen den Krieg als gegen die deutsche Industrie gerichtete Maßnahme aufgefaßt. Die Note umfaßt sieben Punkte, von denen als wichtigste folgende hervorgehoben werden müssen: 1. Jeder Einflieger mit mehr als 60 PS wird als Kriegsgerät angesehen. 4. Die Gipfelhöhe darf bei voller Beladung nicht mehr als vier Kilometer betragen. Dies bedeutet die Lahmlegung der Alpenüberfliegung, die mindestens 5 bis 6 Kilometer Gipfel-

Die Macht der Drei.

Ein Roman aus dem Jahre 1955

von Hans Dominik.

(92. Fortsetzung.)

Es war ein seltsames und ein grauenvolles Schauspiel. Diese Schiffe fuhren nicht mit eigener Kraft. Sie fuhren überhaupt nicht, wie Schiffe zu fahren pflegen. In regelmäßigem Abstand und in Formationen. Ihre eisernen Körper hingen zusammen, wie etwa eine Gruppe von Pfahlmuscheln, die ein Fißler vom Grunde losgerissen hat und durch das Wasser schleift. An den Seitenwänden des ersten schweren Panzers klebten, aus dem Wasser gehoben, drei Torpedoboote, wie die jungen Muscheln an den Schalen der alten. Der zweite Panzer haftete, um ein Drittel seiner Länge nach Backbord vorgeschoben, am ersten Schlachtschiff. So folgte sich die ganze gewaltige Schlachtflotte, zu einem einzigen, regellosen Block verquirlt, von einer unsichtbaren, unwidderstehlichen Gewalt durch die Fluten gerissen.

An allen Masten, von der tausenden Fahrt über den halben Atlantik zerlegt und arg mitgenommen, aber noch erkennbar, der Union Jack, die in hundert Seeschlachten bewährte Flagge Englands. Erst auf der Höhe von Sandy Hook mäbigte sich das Tempo der wilden Fahrt. Langsamer, aber immer noch verleitet und verquirlt zog die gelähmte Flotte durch die Landenge in die Bai von Newyork ein.

Dr. Glossin trat einen Schritt vom Fenster zurück und preßte den Arm des Obersten Cole.

So standen sie und starrten auf das Schauspiel da unten, während das Flugschiff seinen Weg nach Washington verfolgte. Sie sahen die gelähmte Flotte klein und kleiner werden, sahen sie als einen Punkt im unsicheren Licht der wachsenden Dämmerung verschwinden. Sie

starrten noch immer auf den Fleck, wo sie verschwand, als längst nichts mehr zu sehen war.

Nach langem Schweigen sprach der Oberst: „Was war das? Habe ich geträumt?“

„Was Sie sahen, war grause Wirklichkeit. Das Wirken der geheimnisvollen Macht, mit der Cyrus Stonard spielen wollte.“

Dr. Glossin sprach. Von Dingen, von denen Oberst Cole bis zu diesem Augenblick keine Ahnung gehabt hatte. Von der unbekanntesten Macht. Von ihrer Gewalt. Von ihren Drohungen und Verboten. Von der Unmöglichkeit, sich ihr zu widersetzen. Je weiter der Doktor kam, desto mehr sank der Oberst in sich zusammen. Er sprach während der Fahrt kein Wort mehr und zog sich in Washington schweigend in sein Dienstzimmer zurück.

Um zehn Uhr wurden im Weißen Hause die Wachen des Regiments Howard durch Offiziere und Mannschaften des Regiments Cole abgelöst. Oberst Cole nahm den Bericht seines Wachtoffiziers teilnahmslos entgegen. So blieb er sitzen, bis Glossin, die Uhr in der Hand, zu ihm ins Zimmer trat.

„Herr Oberst, was zeigt Ihre Uhr?“

Langsam, fast schwerfällig zog der Oberst die eigene Uhr. „Zehn Minuten nach zehn.“

Die Uhr in der Hand des Obersten zitterte. Seine Hand vibrierte. Dr. Glossin bliete spöttisch auf den alten Offizier.

„Herr Oberst Cole!“ Die Stimme Glossins drang schneidend durch die Stille. Der Oberst sprang auf.

„Ich bin bereit.“

Der Oberst trat auf den Korridor vor der Zimmerflucht des Diktators und führte eine Signalfiße an den Mund. Noch bevor der letzte Ton verklungen war, strömten von allen Seiten her Mannschaften und Offiziere des Leibregiments Cole herbei und scharten sich um ihren Obersten.

Die beiden Adjutanten des Diktators traten auf den Flur, um den Lärm zu verbieten. Sie erschrafen vor dem düstern Ernst und der Verbissenheit in den Zügen der Soldaten und Offiziere.

„Was soll das, Herr Oberst?“

„Sie sind verhaftet. In Obhut von Major Stanley.“ Widerstandslos beugten sich die beiden Adjutanten der erdrückenden Uebermacht. Während sie abgeführt wurden, öffnete Oberst Cole die Tür zum Zimmer des Diktators. Dr. Rodwell trat ihm entgegen.

„Ruhe, meine Herren! Der Präsident bedarf dringend der...“

Der Leibarzt sah die entschlossenen Mienen der An-drängenden und trat schweigend zur Seite. Der Weg war frei. Oberst Cole trat in das Zimmer und schritt langsam auf den großen Schreibtisch zu. Er hatte von der rechten Seite her den Blick auf den Tisch und den Diktator. Cyrus Stonard saß bei der Arbeit, ein Schriftstück in der Hand. Er blieb ruhig sitzen und senkte nur die Hand mit dem Dokument, während ein eigenartiges Lächeln seine hageren Wgetenzüge überflog.

Offiziere und Mannschaften strömten hinter ihrem Oberst in den Raum, bildeten an der Türwand einen Halbkreis. Es wurde so still, daß man das Ticken der kleinen Standuhr bis in den fernsten Winkel vernehmen konnte.

Cyrus Stonard wandte das Haupt halb nach rechts gegen die Eingetretenen.

„Was wünschen die Sieger von Graytown, von Phillipsville und Frisko?“

Es waren Schlachtennamen aus dem letzten Japanischen Kriege. Ehrentiteln für Oberst Cole und sein Regiment. In diesem Augenblick aus dem Munde des Diktators kommend, wirkten sie lähmend auf die Eingetretenen.

(Fortsetzung folgt.)

